

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 324

15. Dez. 2004

11. Jahrgang

Franja Transversal del Norte – Entwicklung oder Ausbeutung?

Mit der Ankündigung und beginnenden Umsetzung der verschiedenen regionalen Infrastrukturprojekte, die im Rahmen des *Plan Puebla Panamá* (PPP) realisiert werden, ist auch die Ausbesserung und Erweiterung der Strasse, die den Pazifik und den Atlantik im Norden Guatemalas verbindet, als politisches und finanzpolitisches Thema wieder auf dem Tisch. Was die einen als Fortschritt und Entwicklung propagieren, wird vor allem aus Umwelt- und Antiglobalisierungskreisen sehr kritisch hinterfragt.

Sowohl *Inforpress Centroamericana* in seiner Nr. 1587 wie auch die *Crítica Global*, das Bulletin der *Mesa Global de Guatemala* haben sich der Franja Transversal del Norte (FTN), wie diese Verbindungsstrasse heisst, angenommen. Wir haben diese beiden Artikel in einem zusammengefasst.

Das Projekt

Am vergangenen 20. September bestätigte das präsidentiale *Sekretariat für Planung und Programmierung* die wirtschaftliche, technische und soziale Durchführbarkeit des Projekts der Franja Transversal del Norte (FTN). Das Projekt besteht in der Ausbesserung und Erweiterung der bereits existierenden Strasse zwischen der Finca Gracias a Dios im Departement Huehuetenango an der Grenze zu Mexiko und der im Departement Izabal liegenden Stadt Modesto Méndez, an der die Hauptstrasse von der Hauptstadt in den Petén und die Strasse zum Atlantikhafen in Puerto Barrios vorbei führt. Die Strasse mit einer Länge von 263 km soll zweispurig ausgebaut und asphaltiert werden.

Laut einer technischen Studie, die vom *Ministerium für Infrastruktur und Wohnungsbau* (MICIVI) durchgeführt wurde, liegen im Einzugsgebiet der FTN 152 Dörfer, welche 5% der nationalen Bevölkerung (545'000 Personen) und 10% des Territoriums (10'091 km²) umfassen. Gemäss MICIVI gehört der Ausbau der FTN zur *Mesoamerikanischen Initiative für Verkehrsintegration* im Rahmen des *Plan Puebla Panamá* (PPP) der für Guatemala den Bau oder die Verbesserung von insgesamt 2'171 km Strasse und 16 Brücken vorsieht. Budgetiert ist der Ausbau der FTN mit rund 200 Mio. US-\$, gemäss MICIVI müssen die Gelder für dieses Megaprojekt mehrheitlich aus dem Ausland kommen. Ebenfalls wird es eine ausländische Firma sein, die mit der Planung und der Ausführung des Baus beauftragt wird, womit also das Geld auch wieder ins Ausland abfließt. Im besten Fall werden ein paar guatemaltekeische Strassenbauarbeiter einen miserablen Lohn erhalten.

Profit und deshalb auch Interesse an dem Projekt haben in erster Linie die bereits in Guatemala ansässigen transnationalen Unternehmen, die multilateralen Banken und Organisationen wie die Interamerikanische Entwicklungsbank, die Weltbank und der Internationale Währungsfond, die seit über 15 Jahren die Entwicklungs- und Finanzpolitik Guatemalas „begleiten“. Sie propagieren das Argument, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern,

um so die Armut zu bekämpfen, in der die Bevölkerung lebt.

Ein Blick zurück

Ersonnen wurde das Projekt der FTN Ende der 50er Jahre im Rahmen der von den USA dirigierte Konterrevolution. Mit Einverständnis der jeweiligen zivilen und militärischen Regierungen war die FTN weit mehr als ein simples Kolonisierungs-Projekt. Die Idee bestand darin, die Region zu bevölkern und landwirtschaftlich nutzbar zu machen. Begonnen wurde mit der Kolonisierung der Ixcán-Region: Indígenas aus Huehuetenango gründeten mit Unterstützung von MissionarInnen des Maryknoll-Ordens 1969 die Kooperative Ixcán-Grande. Die Regierung ihrerseits „verteilte“ mit Unterstützung der staatlichen US-amerikanischen Entwicklungshilfe (US-AID) Parzellen an landlose BäuerInnen aus dem ganzen Land, auch sie mit dem Ziel, die an Mexiko grenzende Zone zu bevölkern und somit zu „sichern“. Bald wurde die Region zu einer der am stärksten vom bewaffneten Konflikt betroffenen, das Interesse des Militärs an guten Strassen war entsprechend gross. Derweil wurden die Entwicklungsprojekte eingefroren und die Bevölkerung, die auf die technische und ökonomische Hilfe angewiesen war, wurde ihrem Schicksal und dem Krieg überlassen.

Eine andere Art der Kolonisierung begann mit der Vergabe von Lizenzen für Öl-Bohrungen und Minenbau in der Urwaldregion. Rund um diese Industrien bildeten sich Dörfer und Siedlungen. Mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung im Jahre 1993 kehrten Tausende von Familien aus dem mexikanischen Exil in die Region zurück. Auch ihnen wurde Land versprochen. Eine Eigenart der staatlichen Agrarpolitik in Gebieten wie der FTN ist, dass die BesitzerInnen von Parzellen gezwungen sind, das Land zu bearbeiten, was in diesem Gebiet in erster Linie die Rodung des Urwald bedeutet. Tun sie dies nicht, wird ihnen die Parzelle, von der sie oft keinen Titel besitzen, wieder enteignet.

„Der Fortschritt kommt dahin, wo die Strassen hinführen“

Dies ist die Begründung, mit der heute der Ausbau der Franja Transversal del Norte vorangetrieben wird. Gemäss MICIVI ist die FTN eines der wichtigsten Projekte in Oscar Bergers Regierungsplan. Man beruft sich dabei auf die Friedensabkommen, in denen festgehalten wurde, dass die während des Krieges stark betroffenen Departements wie Alta Verapaz und Quiché (und somit auch der Ixcán), gefördert werden müssen.

So erhofft man sich mit dem Ausbau der Strasse auch wirtschaftlichen Fortschritt für die Region. „Ist erst mal die Strasse gebaut, kommt der Rest von selber“, heisst es im MICIVI. Gemeint ist damit Bildung, Gesundheit und Reichtum. Doch wie sehen die wirtschaftlichen Möglichkeiten entlang der FTN aus und wen begünstigen sie? Die landwirtschaftliche Produktion konzentrierte sich lange Zeit auf den Anbau von Mais, Bohnen, Reis, Kaffee, Kardamom, Kakao, Kautschuk, Zitrus- und andere "Tropen"- Früchte wie Papaya und Ananas. Während die ersten drei Produkte vor allem für den Eigenkonsum und den Verkauf auf dem regionalen und nationalen Markt angebaut wurden, kultivierte man die anderen Produkte für den Export.

Vor allem der Kaffee war ein wichtiger Exportartikel, doch mit dem Zerfall des Kaffeepreises seit dem Jahr 2000 ist dieser Handel weitgehend zusammengebrochen. Dies führte dazu, dass sich die Leute in der Region neue Überlebensstrategien ausdenken mussten, was in vielen Fällen die Migration in den Norden bedeutet. Gleichzeitig hat aber in der Zone der illegale Handel zugenommen, sei dies der Menschenhandel, der Drogenhandel oder der illegale Handel mit Tropenholz. Dazu kommt der zwar

legale, aber in erster Linie ausländische Firmen begünstigende Handel mit Mineralien, Holz und Öl, der mit dem Ausbau der FTN intensiviert werden wird.

Die Region um die FTN gehört zu den reichsten im Land in Sachen Biodiversität. Mit ihrem feuchtwarmen Klima beherbergt sie eine für Guatemala einzigartige Flora und Fauna und ist neben der Sierra de Los Chuchumatanes und den Urwäldern des Petén eine der wichtigen „Lungen“ des Landes und Mittelamerikas überhaupt.

Der Ausbau dieses „trockenen Kanals“ (in Anlehnung an den Panamákanal, der ja ebenfalls den Kontinent in Ost-West-Richtung durchzieht) hat nicht nur Auswirkungen auf die Umwelt und die Produktion. Er wird auch Einfluss auf die Landbesitz- und die demographischen Verhältnisse haben. Mit dem Bau von sogenannten Handelszentren direkt an der FTN, wo arbeitsplatzschaffende *Maquilas* angesiedelt werden, findet eine interne Migration statt, und wer nicht unmittelbar im Einzugsgebiet der FTN lebt, wird wohl noch mehr abgeschnitten sein als bisher.

Zukunftsperspektiven

Die Gretchenfrage lautet, was die guatemalteckische Regierung für politische und rechtliche Massnahmen ergreifen wird, um den gänzlichen Ausverkauf dieser Region zu verhindern und ein ökologisches Paradies zu erhalten. Und was wird die Bevölkerung unternehmen, um ihr Land und die sie ernährende Natur zu verteidigen? Gemäss *Mesa Global* gibt es bisher keine organisierten Bestrebungen seitens der im Einzugsgebiet der FTN lebenden Bevölkerung, wie es das z.B. in San Marcos oder Izabal im Zusammenhang mit den Gold- und Nickelminen gibt. In ihrem Bulletin macht sie deshalb auf einige Punkte aufmerksam, die bei der weite-

ren Verfolgung des Projekts im Auge behalten und verteidigt werden müssten:

- Respekt der sozialen, kulturellen und biologischen Diversität. Keine Privatisierung der Biodiversität, Respektierung des geistigen Eigentums, strikte Regulierung über genetische Versuche und Verbot der Produktion oder des Handels von transgenetischen Produkten.

- Garantie auf Selbstversorgung, speziell im Fall des Wassers: Keine Privatisierung von und kein Handel mit Wasser. Schutz und Pflege der Quellen und Flüsse, Zugang zu Wasser für alle BewohnerInnen der Region. Keine Wasserverschmutzung.

- Schutz der Wälder und des Klimas: Keine Abholzung bzw. eine Aufforstung der abgeholzten Wälder. Spezielle Pflege der Wälder, aus denen Quellen entspringen. Keine Monokulturen in den aufgeforsteten Gebieten. Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs bei der Nutzung der Wälder zur Selbstversorgung, Nutzung kann auch Pflege sein.

- Recht auf Nahrungssicherheit: Garantie, dass jede Person über die Nahrung verfügt, die sie für ihre Entwicklung braucht. Transparenz über die Zusammensetzung von Lebensmitteln, Förderung einer diversifizierten Landwirtschaft, ohne genetisch veränderte Produkte und ohne Giftstoffe.

- Wirtschaftliche Gerechtigkeit: Förderung von KleinproduzentInnen durch Kredite, direkter Zugang zum Markt ohne Zwischenhändler. Einhaltung des Artikels 169 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Rechte der indigenen Bevölkerung, Einhaltung der nationalen Gesetze bezüglich Dezentralisierung und Entwicklungsräten. Förderung von demokratischen Strukturen auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene.

„Ja zum Leben, Nein zum ALCA“

Guatemala, 04. Dez. Das *Lateinamerikanische Frauennetzwerk zur Transformation der Ökonomie* (REMTE) startete eine Kampagne gegen die Ratifizierung der Freihandelsabkommen ALCA und TLC, mit der Begründung, diese würden negative Konsequenzen haben für die Bevölkerung der daran beteiligten Länder, speziell für die Frauen.

Gemäss einer Presseerklärung der REMTE ersetze und verhindere der neoliberale Freihandel, wenn er als Doktrin und Politik angewendet wird, eine integrale und gleichberechtigte Entwicklung und fördere die Feminisierung der

Armut. Die Idee des freien Wettbewerbs, der diese Freihandelsabkommen charakterisiere, erhöhe die Gewalt gegen Frauen in der Arbeitswelt und fördere die geschlechtsspezifischen Ungerechtigkeiten bezüglich des Lohns und der Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, die in Randbereiche wie den informellen Markt oder die *Maquilas* gedrängt werden.

Die Mitglieder des Netzwerkes betonen, dass die Ratifizierung der neoliberalen Politiken eine grössere Instabilität, mehr Ausbeutung und noch krasere Formen der Kontrolle über die Arbeiterinnen, wie zum Beispiel die obligatorischen Schwangerschaftstests,

nach sich ziehe. Ebenso befürchten sie eine Zunahme der sexuellen Übergriffe an Arbeiterinnen und eine Schwächung der Gewerkschaften.

Der Freihandel habe auch die Vermarktung des weiblichen Körpers zur Folge, den Frauenhandel und den Sex-tourismus, zwei Bereiche, von denen immer jüngere Frauen betroffen sind.

In REMTE sind verschiedene Frauenorganisationen und unabhängige Feministinnen Lateinamerikas zusammengeschlossen. Gemeinsam initiierten sie die Kampagne „Ja zum Leben – Nein zum ALCA. Ein anderes Amerika ist möglich.“

Bildung – bald Privatsache?

Guatemala, 08. Dez. Das erste Jahr im Bildungssektor unter der Verwaltungsführung der Ingenieurin María del Carmen Aceña war überschattet von Streitigkeiten und Unstimmigkeiten mit den organisierten LehrerInnen. Diese beklagen den Mangel an Einbeziehung und Dialog, die Stärkung der Bildungsqualität steht derweil auf der Flagge der Autoritäten. Während VertreterInnen beider Sektoren grundlegende Richtlinien vorschlagen, um die Beziehung zwischen ihnen zu verbessern, bleiben Zweifel bestehen ob Privatisierungsinteressen innerhalb des Sektors. Sandra Verónica Rodas von *Inforpress centroamericana* hat dies analysiert und kommt zum vorliegenden Ergebnisbericht.

Diverse Studien weisen darauf hin, dass ein höheres Bildungsniveau der Gesellschaften wesentlicher Faktor für die Entwicklung des so genannten Humankapitals, die Reduzierung der Armut und das wirtschaftliche Wachstum sowie für die Stärkung demokratischer Institutionen und der Regierbarkeit in den jeweiligen Ländern darstellt. Der Deckungsgrad und die Qualität des Bildungsangebots sind dabei Schlüsselemente hinsichtlich dieser Ziele.

Das Bildungssystem in Guatemala wird hinsichtlich dieser Aspekte als defizient bewertet. Gemäss dem Bildungsplan 2004-2007 des zuständigen Ministeriums (MINEDUC) betrug die Abdeckung des Vorschulangebots im Jahr 2002 knapp 42%, in der Grundschule 87,5%, 27,5% im Bereich der mittleren Rei-

fe und 16,7% im Berufsvorbereitenden Schulsektor.

Um die Bildungsqualität zu erfassen, werden u.a. gern die berühmten berichtigten „internen Effizienzindikatoren“ zu Rate gezogen, die die Anzahl der ins nächste Schuljahr versetzten und die der die Klasse wiederholenden SchülerInnen angeben. Hier weist Guatemala also ebenfalls ungünstige Ergebnisse auf, eine Tatsache, die beispielsweise im Jahr 2001 43% des Haushaltes des Ressorts von insgesamt knapp 1,9 Mrd. Quetzales verschlang. Aufgrund der Beobachtung, dass diese Phänomene besonders in der Grundschule auftreten, der Nationale Bildungsplan gleichzeitig u.a. vorgibt, die Bildungsqualität zu verbessern, wurde das Programm „Rettet die erste Klasse“ ins Leben gerufen. Obwohl dieses Programm auf dem Interesse beruhte, jene 35 Tausend Mädchen und Jungen, die zwar etwas, jedoch zur Versetzung nicht ausreichend genug gelernt hatten, stellte es zugleich einen weiteren Reibungspunkt zwischen Bildungsautoritäten und dem Lehrkörper dar, und zwar von Beginn der Legislaturperiode an.

Das Hin und Her zwischen den beiden Sektoren, das gelegentlich selbst die SchülerInnen und Eltern mit einbezog, manifestierte sich am deutlichsten in den Auseinandersetzungen um die Verwerfung der Vereinbarung zur Schaffung von 13 Tausend Lehrvertragsstellen, die noch aus der Zeit der vorherigen Regierung stammte, um die Streichung des Bildungsgutscheins für „Sitzenbleibende“ und um die Evaluation für SchülerInnen der mittleren Reife und des Programms „Rettet die erste Klasse“. (siehe ¡Fijáte! 322)

Ebenso gerieten Initiativen, an denen sich Unternehmensgruppen beteiligt und mit dem Ministerium zusammengearbeitet hatten – wie den „Bleistiftmarathon“, „Bücher für Liebe“, die Schultüte oder der Wiederaufbau von Schulgebäuden – ins Schussfeld der Kritik und bestärkten die VertreterInnen der Lehrerschaft in ihren Vermutungen hinsichtlich einer möglichen Privatisierung von bestimmten Bildungsdienstleistungen.

So ist Joviel Acevedo von der *Nationalen Magisterialversammlung* (ANM) davon überzeugt, dass Unternehmensgruppen wie der entsprechende Interessensverband CACIF und die so genannten „UnternehmerInnen für die Bildung“ sowie das *Nationale Wirtschaftsforschungsinstitut* CIEN gemeinsam ein solches Privatisierungsinteresse verfolgen. „Sie sind diejenigen, die tatsächlich regieren und Einfluss nehmen auf die Entscheidungen der Ministerin während sie zugleich versuchen, sich dem letzten zu

bemächtigen, was es von der staatlichen Bildung noch gibt.“ Für diese Gruppen, so Acevedo, sei das Bildungsressort eine politische Beute. Mit ihren zahlreichen Schulprogrammen streben die Unternehmen ständig danach, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Mittels der Übernahme einer Patenschaft für eine Schule entgehen sie zudem dem Fiskus, betriegen das Volk und übergeben die Funktionen des Staates in die Hände der Eltern.

Vizeministerin Meza betrachtet dagegen die Position der RepräsentantInnen der Lehrerschaft als Verzerrung der Prozesse. „Das einzige, was wir verfolgen, sind strategische Allianzen mit einigen privaten Unternehmen, um die Bildungsqualität zu steigern. Wir müssen einsehen, dass alle Körperschaften des Landes zusammenarbeiten müssen, damit das Land vorankommt. Wir können nicht mit dem Streit weitermachen zwischen dem Staatlichen und dem Privaten, das bringt uns zu nichts.“ So die Stellungnahme von Meza.

Für Jorge Lavarreda, dem Leiter des CIEN liegt der offensichtliche Grund für die Beschuldigung der Einflussnahme des CIEN auf die Ministerin in der Tatsache, dass diese vor ihrem Staatsmandat die Leitung des Forschungsinstituts innehatte. Als weitere mögliche Ursachen für die Kritik von Seiten der Lehrenden nennt Lavarreda die zahlreichen Untersuchungen, die das CIEN über den Bildungssektor gemacht hat und die im Bildungsplan 2004-2007 ihren Niederschlag gefunden hätten. Dabei weist er darauf hin, dass das CIEN lediglich für die diese beantragenden Institutionen Handlungsvorschläge erarbeitet und zur Endfassung des Nationalen Bildungsfahrplans nur als beratende Instanz beigetragen habe. „Speziell zum Thema Bildung besteht unser Hauptziel darin, die Schulautonomie zu fördern. Das könnte als eine Privatisierung interpretiert werden.“

Auch Gabriel Biguria, Präsident der *Unternehmen für die Bildung* weist jedes Privatisierungsinteresse von sich. „Grundsätzlich handeln wir in Form einer Hilfsfunktion, wenn das Ministerium darum bittet.“

Während Vize Meza in Bezug auf die Verbesserung der Situation die Einhaltung der Regeln und Respektierung der Gesetze propagiert und gleichzeitig die Forderung der von den ministerialen Entscheidungen Betroffenen nach Beteiligung an den entsprechenden Prozessen als störend abwertet, beruft sich ANM-Vertreter Acevedo auf die Vereinbarungen der nationalen Dialoge zur Bildungsreform, in denen eindeutig die Teilnahme der kommunalen Bildungsräte verabredet wurde.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treec

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Genozid, der stärkste Ausdruck von Rassismus

Guatemala, 29. Nov. Die Wunden sind noch nicht verheilt, noch sind viele Massengräber zu exhumieren, während weder der Staat noch die Gesellschaft die Tragweite der Problematik vollständig zu erfassen scheinen. Dies ist eine der Schlussfolgerungen aus der Politischen Deklaration, die bei der Pressekonferenz am Ende des „Ersten Treffens zu Rassismus und Genozid“ verlesen wurde. 647 Personen, darunter 338 Frauen und 309 Männer aus allen Teilen des Landes, Mitglieder von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Angehörige von Opfern und Überlebende der Massaker Anfang der 80er Jahre, VertreterInnen aller Kulturen des Landes, erarbeiteten bei dieser Konferenz vom 22. bis 24. Nov. einen Forderungskatalog an die Regierung, an den Kongress, ans Justizsystem, an die Kommunikationsmedien und an die Gesellschaft an sich, in dem sie auf die ausstehende Agenda zum Aufbau einer plurikulturellen, multietnischen und gerechten Nation verwiesen.

Während eingeladene Herren wie der Präsident des Obersten Gerichtshofs (CSJ), der Oberstaatsanwalt und der Vizepräsident der Republik, denen das Dokument überreicht werden sollte, auf die eigene oder auch stellvertretende Teilnahme verzichteten, unterstrich Frank LaRue als einziger anwesende Staatsvertreter das Anliegen der Konferierenden: „Es gibt immer noch Leute selbst in öffentlichen Positionen, die weiterhin die Massaker verleugnen. Es ist der Moment gekommen, dass der Staat und die Gesellschaft darüber reden, was in Guatemala passiert ist.“

Neben der Anklage des Justizsys-

tems, im Wesentlichen einsprachig zu sein und Autoritäten mit Maya-Herkunft in der Justizverwaltung nicht anzuerkennen, nahm das Plenum Stellung zu Themen wie dem rassistisch geprägten Zugang zu Land, dem Minenbergbau und den Freihandelsabkommen, die „die Rechte der indigenen Völker bedrohen“.

Bis zum heutigen Tage werde ein System von Vorurteilen und Werten alimentiert und perpetuiert, welches sowohl auf individueller als auf kollektiver Ebene den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ausschluss der Mehrheit der guatemaltekischen Gesellschaft schafft. Als Konsequenz des historischen, systematischen und kontinuierlichen Missbrauchs seien die indigenen Völker verurteilt zu einem Leben in offensichtlicher Armut, extremer Armut und prekären Lebensumständen.

In den Arbeitsgruppen auf der Konferenz, die die Themen analysierten, welche letztendlich in das politische Abschlussdokument einfließen sollten, stimmte man darin überein, dass die Globalisierung und die neoliberalen Politiken zusätzlich dazu beitragen, die Marginalisierung der bereits benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu stützen. Ein weiteres Untersuchungsergebnis beleuchtet, dass einige Kommunikationsmedien systematisch Stereotype verbreiteten, die die bestehende Rassismus-Problematik verstärkt. Dem Pressesektor wurde zudem vorgeworfen, das Thema der Gewalt gegen Frauen unangemessen zu behandeln.

Abschliessend forderten die Teilnehmenden die Einführung von effektiven Mechanismen für die Beteiligung und Repräsentation der indigenen Völker im

Staat und im demokratischen System.

Der Name dieses Treffens löste in gewissen Kreisen Unbehagen und Kritik aus. Dania Rodríguez Martínez fragte sich zum Beispiel in einer Analyse im *Reporte Diario* Nr. 638 von I-DEM, ob das, was in Guatemala vorgefallen ist, tatsächlich als rassistisch motivierter Genozid bezeichnet werden könne. Gemäss der Genozid-Definition des Statutes von Rom handle es sich auf alle Fälle um Genozid, Rodríguez Martínez gibt auch zu, dass die Mehrheit der Opfer aus der indigenen Bevölkerung stammten und dass das rassistische Denken dem grössten Teil der guatemaltekischen Bevölkerung inhärent sei. Sie bezweifelt jedoch, dass die Ausrottung der indigenen Bevölkerung das Hauptziel des Genozids gewesen sei und der Grund, auf dem das Militär das Morden und Töten basiert habe. Sie glaubt vielmehr, dass es darum gegangen sei, den politischen Feind, die Guerilla, zu bekämpfen und dass die indigenen Gemeinden deshalb Ziel der militärischen Aktionen gewesen seien, weil sie (aus historisch-politischen und geographischen Gründen, die Red.) der Guerilla als soziale Basis gedient hätten. Weiter verweist sie darauf, dass auch Nicht-Indígenas und Personen aus allen sozialen Schichten Opfer von Verfolgung, Folter, Mord und Massaker geworden seien.

Doch auch Rodríguez Martínez streitet nicht ab, dass unabhängig der Diskussion darum, ob der Genozid rassistischen Ursprungs sei, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden seien, die verfolgt und bestraft werden müssten und dass der Straflosigkeit ein Ende gesetzt werden müsse.

CIDH verurteilt Guatemala im Fall Plan Sánchez

Costa Rica, 09. Dez. Der *Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof* (CIDH) verurteilte den guatemaltekischen Staat als verantwortlich für das am 18. Juli 1982 begangene Massaker im Ort Plan de Sánchez, Baja Verapaz. Dabei kamen 368 Personen aus Plan de Sánchez und 13 umliegenden Dörfern ums Leben. Mit dem Urteil des CIDH wurden die moralischen wie ökonomischen Wiedergutmachungen festgelegt, welche der guatemaltekische Staat den Opfern bzw. deren Hinterbliebenen leisten muss.

Dazu gehört ein öffentliches Schuldbekenntnis über die während der 80er Jahre angewandte Politik des Genozides, in diesem Fall gegen Angehörige der Achí-Mayas. Ebenso wird vom Staat verlangt, dass er die Opfer und ihre Nachkommen um Verzeihung bittet sowohl für die materiellen Schäden wie auch für die materiell

nicht wieder gut zu machende Zerstörung ihrer Tradition, ihrer Identität, ihrer Kultur.

Die RichterInnen des CIDH begründeten ihr Urteil mit dem „Mangel an Sorgfalt bei den Untersuchungen und des Prozesses sowie der Hindernisse, die dem Fall in den Weg gestellt wurden“. Sowohl die guatemaltekische Staatsanwaltschaft wie die zuständigen Gerichte hätten sich durch fehlenden Willen an der Aufklärung der Begebenheiten rund um das Massaker ausgezeichnet, weshalb es bisher unmöglich gewesen sei, die materiell und intellektuell Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Das CIDH betonte, dass „die herrschende Straflosigkeit die Erinnerung an das Geschehene im kollektiven Gedächtnis der Opfer wach hält und eine Rekonstruktion des sozialen Gefüges unmöglich macht.“

Das Menschenrechtszentrum CALDH, das die Opfer berät und begleitet, besteht darauf, dass die Untersuchung des Geschehenen, die Verfolgung und Bestrafung der Täter ein wichtiger Schritt für die Erlangung von Versöhnung und Frieden sei. CALDH hofft, dass das Urteil des CIDH ein Präzedenzfall sei für die Anklagen im Fall von 23 Massakern, für die es die Ex-Generäle Efraín Ríos Montt und Romeo Lucas García verantwortlich macht.

Gleichzeitig mit dem Urteil zu Plan de Sánchez fällte der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof ein Urteil im Fall des von damaligen Zivilpatrouillen (PAC) ermordeten Journalisten Jorge Carpio und verlangte von der guatemaltekischen Regierung die Wiedergutmachung in Form von 1 Mio. US-\$ an die Familie von Carpio.

Polizei und Militär in Aguacatán

Guatemala, 28. Nov. Ein Aufgebot von 300 Polizisten und 50 Soldaten stellte in Aguacatán, Huehuetenango, Ruhe und Ordnung wieder her, nachdem die organisierte Bevölkerung einen Tag zuvor 14 Polizisten und einen evangelikalen Pfarrer als Geiseln nahm. Mit der Geiselnahme erzwangen sie Verhandlungen mit einer von der Regierung eingesetzten Kommission, um ein Problem zu lösen, welches das Dorf seit einem Jahr in Zwiſt leben lässt.

Der Konflikt in Aguacatán begann mit der Wiederwahl des Bürgermeisters Pablo Escobar Méndez vor einem Jahr. Die Wiederwahl kam überraschend für den grössten Teil der Bevölkerung und gelang Escobar Méndez nur deshalb, weil es insgesamt etwa 10 Gegenkandidaturen gab und sich die Stimmen auf diese verteilten. So konnte er mit bloss 19,5% der Stimmen seinen Posten behalten.

Der Bürgermeister wird beschuldigt, 1,3 Mio. Quetzales hinterzogen zu

haben, ein Verdacht, der sich bei einer Untersuchung des Nationalen Rechnungsprüfungshofs (CGCN) verhärtete.

Die sozioökonomische Situation in Aguacatán fördert die Unzufriedenheit der BürgerInnen. Die Haupteinnahmequelle der Bevölkerung sind die Geldsendungen aus dem Ausland, die wirtschaftlichen Möglichkeiten vor Ort sind seit dem Rückgang des Preises für Knoblauch, der auf den Feldern Aguacatáns im grossen Stil angebaut wird, sehr beschränkt. Dazu kommen die Abholzung und die daraus resultierende Erosion des Bodens sowie das Fehlen jeglicher Industrie, das die Leute in die Migration drängt. Als Antwort darauf liess Escobar Méndez während seiner ersten Amtszeit eine breite und partizipative Untersuchung durchführen, aus deren Ergebnissen er einen sogenannten langfristigen Entwicklungsplan erarbeitete.

Nach den Wahlen vor einem Jahr bildete sich in Aguacatán ein BürgerInnenkomitee, das Prozesse gegen Esco-

bar Méndez einleitete und seinen Rücktritt forderte. Die Bevölkerung verunmöglichte dem Bürgermeister auch, das Bürgermeisteramt einzunehmen, weshalb er sich gezwungen sah, seinen Amtssitz ins 10 km von Aguacatán entfernt gelegene San Juan zu verlegen.

Escobar Méndez selber leugnet sämtliche Anschuldigungen gegen ihn und will von einem Rücktritt nichts wissen. Immerhin erklärte er sich zu Gesprächen mit der Verhandlungskommission der Regierung bereit, der unter anderem der Vize-Innenminister, der Gouverneur von Huehuetenango, das Sekretariat für strategische Analysen sowie Frank LaRue von der regierungseigenen Menschenrechtskommission angehören. Man kann gespannt sein auf das Verhalten dieser Kommission: Deckt sie den demokratisch gewählten Bürgermeister oder stellt sie sich auf die Seite der organisierten BürgerInnen und legitimiert somit deren nicht unbedingt demokratische Vorgehensweise in dem Konflikt?

Drohungen gegen Kongressabgeordnete Nineth Montenegro

Guatemala, 08. Dez. Die jüngsten Todesdrohungen gegen die Kongressabgeordnete Nineth Montenegro hängen gemäss *amnesty international* mit ihrer Hartnäckigkeit bei Korruptionsuntersuchungen gegen hochrangige Militärs zusammen. Dabei geht es um die Hinterziehung von über 133 Mio. US-\$ in drei verschiedenen militärischen Institutionen während der Jahre 2000 bis 2004. (siehe ;Fijáte 323)

Als Erster musste diese Woche Enrique Ríos Sosa, der Sohn von General Efraín Ríos Montt, vor Gericht erscheinen. Ríos Sosa war vom 1.1. bis 30. 6. 2001 Chef des Finanzdepartements des Militärs. In diesem Zeitraum verschwanden 30 Mio. Quetzales aus der Militärkasse, durch offenbar von ihm unterzeichnete Schecks. Die Hoffnung auf einen Freispruch mangels Beweise musste Ríos Sosa begraben, die zuständige Richterin, Silvia de León, entschied, ihn wegen Unterschlagung zu belangen, erlegte ihm eine Kaution von 100'000 Q auf, stellte ihn unter Hausarrest und liess ihn von dannen ziehen. Kritik erntete de León, weil sie offenbar den zuständigen Richter für Korruptionsfälle, Calvin Galindo, nicht - oder zu spät - über die Einvernahme von Ríos Sosa informierte. Galindo seinerseits beschuldigte die Richterin, den Vorgeladenen nur zu einem Teil der ihm zur Last gelegten Anschuldigungen befragt zu haben.

Eine weitere Reaktion auf die dank Montenegro eingeleiteten Untersuchun-

gen, ist der Entzug des US-Visums für sechs des Betrugs im *Präsidentialen Generalstab* (EMP) beschuldigte Militärs und vier Zivilisten. Ihnen wird vorgeworfen, zwischen 2000 und 2003 insgesamt rund 230 Mio. Quetzales aus den Militärkassen abgezogen zu haben.

Derweil geht auch das Rätselraten um das Schicksal des seit April verschwundenen und vor kurzem tot aufgefundenen José Raúl Cerna Ramírez weiter. Cerna Ramírez, ebenfalls ehemaliger Finanzchef des EMP, wurde als einer der Hauptzeugen – und Mitbeteiligten – der millionenschweren Hinterziehungen im EMP gehandelt. Er lieferte sich am Tag seines Verschwindens mit einer Salzsäure-Vergiftung ins Spital ein, verstarb wenige Stunden später, ohne dass irgendwer informiert wurde oder nach ihm fragte. Unterdessen macht das Gerücht die Runde, dass Cerna Ramírez nicht freiwillig von diesem Gift getrunken habe, sondern dass er von seinen eigenen „Vertrauensleuten“ dazu gezwungen und absichtlich vergiftet wurde, damit es nie zu einer Zeugenaussage kommen kann. Ein anderes Gerücht zweifelt daran, dass es sich bei dem Toten überhaupt um Cerna Ramírez handelt.

Bisherige Untersuchungen ergaben, dass es beim zuständigen Gericht in Villa Nueva, wo Cerna Ramírez begraben wurde, ein Dossier mit seinem Namen gab, das jedoch „wegen Arbeitsüberlastung“ zuunterst in der Schublade liegenblieb bis es bei einer internen Reorganisation im

Oktober wieder zum Vorschein kam.

Obwohl die Familienangehörigen bei der Exhumierung der Leiche sofort erklärten, es handle sich um den vermissten Cerna Ramírez, will man mit einer offiziellen Stellungnahme noch warten, bis die Ergebnisse einer DNA-Analyse vorliegen.

Gewerkschafter ermordet

Guatemala, 29. Nov. Konsternation und Angst löste in Gewerkschaftskreisen die Ermordung des Gewerkschafters Julio Rolando Raquec aus. Raquec war Generalsekretär der Gewerkschaft für Transport sowie der Gewerkschaft unabhängiger ArbeiterInnen und Mitglied der Guatemaltekkischen Gewerkschaftszentrale (CGTG).

Raquec erhielt seit mehreren Monaten Todesdrohungen, seinen Töchtern wurde mit Vergewaltigung gedroht und sein Haus wurde bereits einmal überfallen. Anzeigen bei den zuständigen Behörden zeigten keine Konsequenzen. Obwohl bisher nicht geklärt ist, ob die Ermordung mit seiner Gewerkschaftsarbeit im Zusammenhang steht, oder ob Raquec Opfer der „allgemeinen Kriminalität“ wurde, verlangt der CGTG-Generalsekretär José Pinón die sofortige Aufklärung des Verbrechens und forderte die Staatsanwaltschaft auf, endlich ihre Komplizenschaft mit den Tätern solcher Verbrechen aufzugeben.

Weltforum zur Agrarreform

Guatemala, 08. Dez. Die rund 500 internationalen Teilnehmenden am *Weltforum zur Agrarreform*, das vom 5. bis 8. Dezember im spanischen Valencia stattfand, schlossen ihre Veranstaltung mit Vorschlägen für Ansätze und Strategien sowie mit einem gemeinsamen Aktionsplan gegen die Weltbank, den Internationalen Währungsfond und die Welthandelsorganisation. Dabei artikulierten sie eine klare Anklage des neoliberalen Agroexport-Modells und eine ablehnende Stellungnahme der Gewalt und Kriminalisierung des BäuerInnenprotests. Vornehmlich die Politik der Weltbank zerstöre die bäuerliche Kultur und die Zugangsmöglichkeiten zu grundlegenden Ressourcen wie Wasser, Land und Saatgut, so das Abschlussdokument. Stattdessen bemächtigten sich die transnationalen Unternehmen dieser Ressourcen, betrachteten sie jedoch lediglich als Spekulations- und Handelswert, was keinerlei landwirtschaftlichen

Aspekt mit einbeziehe unterdessen mehr als 800 Mio. Menschen auf der Welt an chronischem Hunger litten

Derweil machte die guatemaltekeische Agrarorganisation *Vía Campesina* darauf aufmerksam, dass das Land viel mehr ist als ein Produktionsfaktor. Es stelle ein gesellschaftliches Gut dar, das für die zukünftigen Generationen geschützt werden müsse. Der guatemaltekeischen Regierung wurde von den am Forum anwesenden VertreterInnen der guatemaltekeischen BäuerInnenbewegung völliges Desinteresse an der Problematik und ein daraus folgender Mangel an kongruenten Politikansätzen in Bezug auf das Katasterwesen, die Agrarreform und die ländliche Entwicklung vorgeworfen. Auch wurde der repressive und gewaltsame Umgang der Regierung mit den BäuerInnen auf diesem internationalen Forum angeklagt und publik gemacht.

Im Land selbst besteht der Protest

der BäuerInnen ebenfalls fort. Die Arbeits- und Agrarsituation verschärft sich kontinuierlich, weder tragen die Verhandlungen der Paritätischen Lohnkommission Früchte zu Gunsten der Arbeitenden, noch setzt sich das Arbeitsministerium dafür ein, dass zumindest der staatlich verordnete Mindestlohn tatsächlich ausgezahlt wird und entsprechende Klagen vor dem Arbeitsgericht Konsequenzen mit sich bringen.

Dabei wird seit einigen Monaten der Vorschlag für eine Integrale Agrarreform landesweit bekannt gegeben, der gemäss seiner AutorInnen, dem BäuerInnenverband CNOC, dem Zusammenschluss der Nichtregierungsorganisationen CONGCOOP sowie dem Agrarforum *Plataforma Agraria* detaillierte und konkrete Verbesserungsvorschläge für die Situation anbietet. Der Vorschlag soll nächstes Jahr beim Nationalen Agrarkongress offiziell verabschiedet und dem Kongress vorgelegt werden.

Minenbergbau umstritten

Guatemala, 07. Dez. Aus dem geplanten *1. Nationalen Forum über Minen* wurden zwei, da die Umweltorganisationen sich in dem von offizieller Seite organisierten Anlass zu wenig vertreten fühlten und kurzerhand eine Parallelveranstaltung organisierten. Dies zeigt einmal mehr, wie konträr sich die staatlichen und die zivilgesellschaftlichen Positionen gegenüberstehen. Ein "Dialog" fand in Form eines kurzen Besuchs des Energieministers beim Alternativforum statt, wo er sich bereit erklärte, die Argumente der GegnerInnen anzuhören.

Die Regierung propagiert den Bergbau als einzig mögliche Quelle wirtschaftlichen Wachstums für die Region und somit fürs ganze Land und bezieht sich auf die Umweltverträglichkeitsprüfung des kanadischen Goldminenunternehmens Montana Exploradora, die in Sipacapa das Projekt Marlin betreiben will, als Nachweis der Unbedenklichkeit der Vorhaben. Deswegen kündigte Berger auch an, sich weiter für die Konzessionsvergabe einzusetzen, den Abbau von Erdöl eingeschlossen. Dieser steht derzeit in der Region „Cuenca Petén Sur“ zur Disposition, die den Norden des Departements Alta Verapaz, Quiché und Huehuetenango bzw. den Westen des Petén und die Hügel samt Fluss Usumacinta im so genannten Becken „del Arco de La Libertad“ einbezieht.

Die in der Gegend lebende Bevölkerung, die von nationalen und internationalen Umweltorganisationen in ihrer Kritik gestärkt wird, ist ganz anderer

Meinung. Sie weist darauf hin, dass beispielsweise in der Nähe der anvisierten Erdölfelder weitreichende Wasserquellen und die Gegend versorgende Flüsse liegen, die bei Aufnahme von Ölförderungsoperationen unweigerlich in Gefahr der Verschmutzung geraten. Im Tagebau des Goldabbaus wird der dafür notwendige Einsatz der hochgiftigen Blausäure Zyanid sowohl den Boden als auch die Luft der Region verschmutzen. Auch das Argument der Arbeitsplatzbeschaffung durch die Minenindustrie verliert in der Argumentation der GegnerInnen an Halt, würden doch an die lokalen Arbeitskräfte lediglich nicht-qualifizierte, jedoch schwere und gesundheitsschädigende Tätigkeiten übergeben und die Gemeinden durch den Import von externen Interessen und Fachkräften zerrüttet. Ausserdem sei der Vergleich mit anderen Ländern unzulässig, denn dieser verschleierte die jeweiligen Realitäten. So basieren die positiven Bergbau-Erfahrungen, von denen der kanadische Botschafter aus seinem Land berichtet, auf der Voraussetzung, dass die dort aktiven Unternehmen in kanadischer Hand sind, in Guatemala dagegen bewerben sich transnationale Unternehmen um die Abbaukonzessionen. Von deren Gewinnen bleibt derweil gerade einmal 1% im Land. Im Moment ist die Explotation von 418 Minen geplant, davon 93 Goldminen. 260 Lizenzanträge sind eingereicht und warten auf ihre Bewilligung.

Ein aktueller Reformvorschlag des

so gut wie nicht existenten Minengesetzes sieht vor, diese Gewinnbeteiligung auf 10% zu erhöhen. Ein Grossteil davon sollte in die durch die Industrie betroffenen Departements fließen, der Rest landesweit in soziale Infrastruktur investiert werden. Die Rechtsmodifikation würde zudem die gesetzliche Übernahme des von Guatemala ratifizierten Artikels 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) beinhalten, nach dem die in der Region der industriellen Operationen lebende Bevölkerung im Vorhinein konsultiert und an Planung und Gewinn zu beteiligen sind. Doch da die Kongresssitzungen, in denen Gesetze verabschiedet werden könnten, für dieses Jahr bereits vorbei sind, muss die Reform bis zum nächsten Jahr warten. Derweil können die Verantwortlichen die rechtliche Vakanz noch nutzen, wie es der Bürgermeister in Sololá zum Unmut der Bevölkerung jetzt tat, in dem er den Abriss der Fussgängerbrücke über die viel befahrene und unübersichtliche Kreuzung Los Encuentros genehmigte. Es wird vermutet, dass dies dem Zweck dienen soll, den 50-Tonnen-LKW freie Fahrt zu gewähren, um die für den Minenbergbau notwendigen schweren Maschinen nach Huehuetenango zu transportieren. Doch die Bevölkerung ist inzwischen landesweit sensibilisiert und demonstriert gegen den Machtmissbrauch der Regierung. Auch die Katholische Kirche unterstützt weiterhin und ohne Rücksicht auf Divergenzen mit dem Staat die protestierende Gesellschaft.